

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionschrift
Tageblatt Riesa,
Herrn Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts Riesa und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1490
Stroßacker
Riesa Nr. 22.

Nr. 174.

Freitag, 27. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Spätbestellung, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abzug- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr nachmittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Anzeigenschrift (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 25 mm breite Reklamenschrift 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Beständige Redaktionen, wenn der Betrag verfallt, kann Klage eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliches Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerbetriebe — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Klemm, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutschland und die internationale Wirtschaftspolitik.

Von Dr. R. L. Reichsminister a. D.

Zur Durchführung der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz bezieht sich der Völkerverbund ein beratender Wirtschaftsausschuß. Vom 14. bis 19. Mai dieses Jahres hat er seine erste Sitzung in Genf abgehalten. In dem Bericht über diese Sitzung hat die Reichsregierung ein Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates herbeigeführt, das sich in bemerkenswerten Ausführungen über das deutsche Wirtschaftswesen im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung verbreitet. Das deutsche Wirtschaftswesen ist ebenso sehr ein Export- wie ein Produktionsproblem. Steigerung der Produktion, der landwirtschaftlichen wie der industriellen, ist mit höchster Anstrengung anzustreben. Aber von der gleichen Wichtigkeit ist es, Arbeit und Kapital, die beide nicht in beliebigem Umfang zur Verfügung stehen, auf die ökonomisch rentabelste Weise zu verwenden. Das heißt die deutsche Produktion auf die Notwendigkeit hin, immer stärker auf die Herstellung solcher Erzeugnisse bedacht zu sein, die der ausländischen Konkurrenz überlegen, zum mindesten gewachsen sind, also Qualitätsware zu erzeugen und diese Qualitätsware billig zu erzeugen, und zwar nicht nur für Fertigwaren, sondern insbesondere auch für Halbzeuge und Zwischenprodukte, so daß die deutsche Produktion selbst mit niedrigen Herstellungskosten rechnen kann und sie auch den für Deutschland unerheblichen Export zu erreichen vermag.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese notwendige Steigerung durch eine gleichzeitige Stärkung des Inlandsabzuges nicht erreicht, sondern erleichtert wird. Die Möglichkeit besserer Ausnutzung der produktiven Kräfte mittels verteilbarer und volkswirtschaftlicher Rationalisierung ist auf der Seite der Erzeugung vorhanden. Je größer durch Zunahme des Massenverbrauchs der Absatz überhandt ist und je mehr demnach die Produktion ausgedehnt werden kann, desto stärker ist auch der Anreiz zur Rationalisierung, desto geringer werden die Generaluntkosten pro Erzeugungseinheit, desto geringer wird die Produktion. Nach der sozialen Struktur des deutschen Volkes sind die Völkere von entscheidender Bedeutung für die allgemeine Kauf- und Verbrauchskraft. Die Volkspolitik muß auch diesen produktionsfördernden Charakter guter Völkere in Rechnung stellen.

Neben der Rationalisierung der Produktion bleibt auch die Rationalisierung des Verteilungsprozesses ein Erfordernis von hoher Bedeutung, sowohl für die Erhaltung und Steigerung der Realeinkommen wie für die Senkung der Produktionskosten und der Preise und damit für die Steigerung der Exportfähigkeit der deutschen Erzeugung.

Dem zwingendsten harren Exportbedürfnis Deutschlands muß auch die deutsche Handelspolitik dienen, ohne dabei den Binnenmarkt zu vernachlässigen. Sie muß mit allen Kräften darauf hinarbeiten, die freiere Welt der internationalen Warenverkehrs zu erreichen, die die Weltwirtschaftskonferenz in den Mittelpunkt ihrer Entschlüsse gestellt hat. Denn unter den Hemmnissen, die dieser Freiheit heute entgegenstehen, leidet das auf großen Export angewiesene Deutschland ganz besonders. Abbau der den Export erschwerenden oder ganz unzulässig machenden fremden Handelsbeschränkungen und Abbau der ausländischen Zollbarrieren ist darum für Deutschland viel wichtiger als die Aufrechterhaltung zu hoher eigener Zölle. Das gilt sowohl für die industrielle wie für die landwirtschaftliche Erzeugung. Die deutsche Handelspolitik muß deswegen dahin gerichtet sein, Zollherabsetzungen zu vermitteln und überall dort, wo es die wirtschaftlichen Interessen irgendwo gebieten, die bestehenden Zölle herabzusetzen. Nur ausnahmsweise können auch handelspolitische Abwehrmaßnahmen dann in Betracht gezogen werden, wenn ausländische Produktionen durch Dumping oder durch einen Marktstump um den Weltmarkt, insbesondere unter Ausnutzung einer Monopolstellung, vorübergehend besondere Dumpingverhältnisse schaffen. Die deutsche Handelspolitik muß weiter bedacht sein, auf dem Wege von Handelsverträgen Zollherabsetzungen und Zollbindungen des Auslands in möglichst großem Umfang gegen entsprechende eigene Konzessionen zu erlangen. Schließlich muß Deutschland unter Berücksichtigung der Lage seiner Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft auch den Weg autonomer Herabsetzung bestehender Zölle beschreiten.

Mit der Erkenntnis dieser wirtschaftlichen Notwendigkeiten allein ist nicht getan, wenn nicht die praktische Handelsvertrag- und Zollpolitik aller beteiligten Staaten die nötigen Konsequenzen zieht. Der Präsident des beratenden Wirtschaftsausschusses, der Belgier Lammé, hat deswegen recht, wenn er am Schluß der Tagung ausführt:

Um die Bewegung, welche die Hindernisse zu vermindern sucht, unter denen gegenwärtig die Handel leiden, zum Erfolg zu führen, genügt es nicht, daß sie die allgemeine Billigung der Presse und der Öffentlichkeit findet; sie muß noch in jedem Lande die tätige Unterstützung insbesondere derjenigen Kreise finden, die in erster Linie die Nachteile der von der Weltwirtschaftskonferenz empfohlenen Politik sind, wie des Einzel- und des Exporthändlers, der Kaufmanns- und Konsumindustrien und in gleichem Maße der Allgemeinheit der Verbraucher und der landwirtschaftlichen Interessenten. Man muß in der Praxis die Anstrengungen steigern, welche darauf gerichtet sind, die öffentliche Meinung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik zu unterrichten.

Zu dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und sei-

Die Sicherheit der Reichsbahn.

Besprechungen des Reichsverkehrsministers mit Dörpmüller.

Amtlich wird mitgeteilt:

Berlin, 26. Juli. Heute fand zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft anlässlich der letzten bedeutendsten Unfallfälle eine Besprechung über die Betriebssicherheit der Reichsbahn statt.

Bei dem Uebergang der Staatsbahnen in die Hände des Reiches waren die Bahnanlagen und Sicherheitsvorrichtungen auf den einzelnen Strecken verschiedenartig entwickelt. In manchen Stellen waren sie infolge unzulänglicher finanzieller Verhältnisse noch nicht bis zu demselben Grade fortgeschritten wie in dem übrigen Deutschland. Die unzulängliche Wirtschaftslage in der Nachkriegszeit ließ einen weiteren Ausbau nur langsam zu. Dies gilt auch für die Zentralisierung der Sicherungsanlagen auf einigen Bahnhöfen in Bayern, u. a. auch in München.

Zu dem Münchener Unfall wurde festgestellt, daß bei genauer Befolgung der gegebenen Vorschriften die auf dem Bahnhof München bestehenden Einrichtungen für die Sicherheit des Zugverkehrs ausreichen. Nur das unglückliche Zusammenreffen einer Reihe von Zufällen und Versehen konnte das Unglück herbeiführen. Um in Zukunft auch solche Gefahrenmomente nach Möglichkeit auszuschalten, bestand aber Uebereinstimmung zu folgendem Vorgehen:

Die bestehenden Blockeinrichtungen werden sofort durch automatische Verbesserungen ergänzt, die durch die Gruppenverwaltung Bayern bereits vorbereitet sind. Die im Gange befindliche endgültige Zentralisierung der Sicherheitsanlagen des Hauptbahnhofs München sollen mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf die Kosten beschleunigt werden. Ueberhaupt sollen die wenigen noch nicht mit zentralisiertem Weichen und Signalen versehenen Bahnhöfe sofort daraufhin nachgeprüft werden, ob der Verkehr eine besonders beschleunigte Durchführung der Zentralisierung erfordert.

Zu den Angriffen wegen zu harter Forderung der Personalabnahme wurde festgestellt: Die Dienstleistungen in Süddeutschland "Anlage" von 11 und mehr Einheiten vor. Dadurch wird eine engere Zusammenfassung von Dienstleistungen, die durch kurze Ausposten erreicht sind, notwendig. Demgegenüber ist in Norddeutschland die Zahl und Dauer der Ansetzungen geringer, aber die Ansetzzeit zu-

längeren den Dienstleistungen allgemein länger. Die Regelung in Süddeutschland ist daher zu berücksichtigen und auf ausdrücklichen Wunsch des Personals auch nach Berechtigung der Länderbahnen bestehen geblieben. Nach übereinstimmender Meinung des Reichsverkehrsministers und des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird es in Zukunft notwendig sein, die süddeutschen Dienstleistungen den norddeutschen, die für die Betriebsführung und die Erhaltung der Spannkraft des Personals zweckentsprechender sind, mehr anzupassen.

Im Anschluß an die Erörterungen der betrieblichen Verhältnisse wurden wegen des Eisenbahnunfalls, der am 1. Februar beim Gleis zurückzuführen ist, die Frage der Oberbauarbeiten geprüft. Im ganzen Reichsbahngebiet — und das trifft auch für Eisenbahnen zu — ist trotz der vermehrten Anwendung neuerzeitlicher Einrichtungen die Zahl des Bahnunterhaltungspersonals nicht wesentlich geringer als im Jahre 1918. Zur besseren Ueberwachung der Oberbauarbeiten sind weitere Kontrollen notwendig. Im Zusammenhang damit sollen die Vorschriften für die Ausführung der Oberbauarbeiten, sowie für die Aufstellung und Entfernung der Langsamfahr-Signale verschärft werden. Bis jetzt ist es mit Rücksicht auf den großen Umfang der Arbeiten noch nicht möglich gewesen, die Rückstände in der Erneuerung der Gleise vollständig auszuräumen, die sich infolge der Kriegsverhältnisse und der Nachkriegszeit ergeben haben. Diese Arbeiten sind tunlichst zu beschleunigen. Es werden bis zu ihrer Vollendung noch mehrere Jahre notwendig sein. Inzwischen läßt es sich nicht vermeiden, die heutige geringere Geschwindigkeit der Züge gegenüber der Vorkriegszeit auf einzelnen Strecken beizubehalten. Bestmöglich der Anzahl der durch Unfälle zu Schaden gekommenen Personen ist folgendes festzustellen: Die Zahl der Unfälle betrug auf 100000 Quadratmeter im Jahre 1913 4,6 im Jahre 1927 5,71, wobei zu berücksichtigen ist, daß 1927 die Weichung der Züge um 24 Prozent größer war als 1913.

Vom Generaldirektor wurde ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß er trotz der schwierigen finanziellen Lage der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit allem Nachdruck weiter dahin wirken werde, daß die Sicherheit des Bahnbetriebes gewährleistet bleibt.

Nach Wien — Köln.

Während in Wien festlich geschmückten Straßen die Wieder der aus aller Welt zusammengeströmten deutschen Sänger im Vertikalen waren, hat in Köln das 14. Deutsche Turnfest begonnen, zu dem die Deutsche Turnerschaft ihre Scharen zu festlichem Tun aufgebildet hat. Ebenso wichtig und groß wie die Feierschau im deutschen Wien gewesen ist, wird auch die Versammlung der Turner in der heiligen Stadt am Rhein werden. Zwei feste, völlig unpolitisch und doch erhebende Rundgebungen für die Zusammengehörigkeit aller derer, die mit deutscher Junge sprechen. Das Wiener Fest war die schönste und erhebendste Veranschaulichung der deutschen Volksgemeinschaft. Auch die Turnwoche in Köln ist von großen volkstümlichen Gedanken erfüllt. Freiheit des deutschen Volkes, Freiheit des deutschen Rheinlands, sind letzten Endes der tiefere Sinn des Kölner Festes. Kein Gau des deutschen Mittellandes hat so graumäßig die Faust der Sieger zu spüren bekommen, wie das rebenumkränzte und sengendwüste Sonnenland am deutschen Rhein. Das Turnfest in Köln wird nicht nur zu einer Teufelung für das ganze Deutschland, sondern es wird zu einer Vergeltung für die Bewohner der besetzten Gebiete gehalten werden, um sie in der Notzeit wieder aufzurichten und zu ermuntern. Und wie das deutsche Lied den Deutschen als Bruder, zum Bruder zwingt, ihn

weit emporhebt über den widerwärtigen Jank des politischen Alltags und über kleinliche parteipolitische Streitigkeiten, so ist das Bestreben der deutschen Turnerschaft darauf gerichtet, ein kräftiges und sittliches Geschlecht zu erziehen, das sich der Verantwortung für die Zukunft um ein freies und einiges Deutschland bewußt ist. Rode der von den Sängern und Turnern mit neuem Leben erfüllte Zusammenhalt und Freiheitsgedanke Ströme unwiderstehlicher vollstetiger Kraft in alle deutschen Gauen ergießen, um eine Bewegung zu lassen für Deutschlands große Zukunft. Die Fortsetzung nach Zusammenhalt aller deutschsprechenden und deutschführenden Menschen kann keine Bedrohung des Friedens sein, schon darum nicht, weil ja die Siegermächte durch das Selbstbestimmungsrecht aller Völker die Verwirklichung solcher Forderungen ausgedehnt haben. Und schon gar keine Bedrohung kann auch das Kölner Fest der deutschen Turner sein, die ebenso wenig wie kein Sänger daran denken, die Einheit aller Deutschen durch Kultur oder gar Krieg durchzuführen. Zweifellos werden die aus den Festen in Wien und Köln quellenden volkstümlichen Kräfte politisch auszuwirken sein, zu Ruh und Frommen des deutschen Volkes für die große deutsche Kulturgemeinschaft in aller Welt.

nen Mitarbeitern darf man auf Grund ihrer bisherigen besonnenen und klugen Wirtschaftspolitik das volle Vertrauen haben, daß sie auch künftig den richtigen Kurs einhalten werden.

Die Sozialdemokraten und der kommunistische Antrag auf Landtagseinberufung.

14. Dresden, 26. Juli. In der Fortsetzung der kommunistischen Landtagsfraktion, den schließlichen Landtag wegen der Haltung der schließlichen Regierung bei der Reichsrechtsabstimmung über die Lohnsteuererhöhungsvorlage auf dem 1. August zu einer Vollversammlung einzuberufen, eine Forderung, der auch von der "Neuen Leipziger Zeitung" Ausdruck gegeben worden ist, bemerkt heute das Dresdener sozialdemokratische Organ, die "Volkzeitung" unter der Überschrift "Ein kommunistischer Vorkommensantrag": "Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich an jeder Aktion gegen die Selbstregierung bereit, die wirklich Aussicht auf Erfolg verspricht. Aber sie denkt nicht daran, zu langen, weil die Neue Leipziger Zeitung oder sonst jemand stellt."

Zweifellos wird es wahrscheinlich sein, daß man den Landtag nicht, wie es geplant ist, bis zum Anfang November (Schluß) und der Regierung selbst auf diese Weise ihre Ruhe läßt. Aber die Sozialdemokratie wird den Termin, an dem sie die Einberufung des Landtages für notwendig hält, selbst bestimmen. Sie wird sich darüber weder von der Neuen Leipziger Zeitung noch von den Kommunisten Vorschriften machen lassen."

Mit dieser Erklärungnahme der Sozialdemokraten dürfte der Vorstoß der Kommunisten, der bereits als ein gelb rein agitatorische Wirkung abgeklammelt Vorgehen gekennzeichnet wurde, wirkungslos verpuffen. Es allerdings den sozialdemokratischen Plänen, eine frühere Einberufung des Landtages zu erzwingen, größerer Erfolg beschieden sein wird, muß man abwarten.

Ausförrung in der Siegerländer Metallindustrie.

Siegen i. Westf. (Funknachr.) Die angeforderte Generalausförrung im Gebiet der Siegerländer Metallindustrie an der Dill und der oberen Lahn ist gestern abend in Kraft getreten.